

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (13. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dorothee Bär, Markus Grübel, Michaela Noll, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Miriam Gruß, Nicole Bracht-Bendt, Sibylle Laurischk, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 17/5494 –**

Neue Perspektiven für Jungen und Männer

A. Problem

Der Antrag verfolgt das Ziel, die Gleichstellungspolitik auch auf Jungen und Männer zu erweitern und erinnert in diesem Zusammenhang an die bereits im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP getroffene Vereinbarung, eine eigenständige Jungen- und Männerpolitik zu entwickeln. Hierzu enthält der Antrag einen umfangreichen Forderungskatalog.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/5494 anzunehmen.

Berlin, den 22. September 2011

Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Sibylle Laurischk
Vorsitzende

Michaela Noll
Berichterstatterin

Stefan Schwartze
Berichterstatter

Miriam Gruß
Berichterstatterin

Yvonne Ploetz
Berichterstatterin

Till Seiler
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Michaela Noll, Stefan Schwartze, Miriam Gruß, Yvonne Ploetz und Till Seiler

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/5494** wurde in der 105. Sitzung des Deutschen Bundestages am 14. April 2011 dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur federführenden Beratungen sowie dem Innenausschuss, dem Rechtsausschuss, dem Haushaltsausschuss, dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, dem Ausschuss für Gesundheit und dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag konstatiert, eine moderne Gleichstellungspolitik müsse gezielt die Unterschiede in den Lebensverläufen von Frauen und Männern, von Mädchen und Jungen berücksichtigen. Lange Zeit sei das Ziel der Gleichberechtigung vornehmlich durch frauenpolitische Maßnahmen verfolgt worden. Aktuelle Entwicklungen zeigten jedoch, dass sich die Gleichstellungspolitik zusätzlich den Jungen und Männern zuwenden müsse. In den letzten Jahren seien die Geschlechterrollen in Bewegung geraten, viele junge Männer seien auf der Suche nach Perspektiven jenseits traditioneller Lebensentwürfe und stereotyper Erwartungen. Eine moderne Gleichstellungspolitik müsse diesen Entwicklungen Rechnung tragen und entsprechend erweitert werden. Ziel der Gleichstellungspolitik sei dabei aber nicht, bestimmte Lebensmodelle vorzuschreiben. Es gehe vielmehr darum, neue Optionen zu eröffnen und tatsächliche Wahlfreiheiten zu gewährleisten.

Besonders wichtig seien Anstrengungen im Bildungsbereich. Derzeit würden Jungen häufig als „Bildungsverlierer“ wahrgenommen. Nur halb so viele Jungen wie Mädchen seien zum Zeitpunkt der Einschulung schulreif, Jungen wiederholten häufiger eine Klasse als Mädchen und brächen die Schule häufiger ab. Im Lesen erzielten Jungen deutlich geringere Kompetenzen als Mädchen. Das Risiko eines ungünstigen Bildungsverlaufs schein besonders bei Jungen mit Migrationshintergrund und aus bildungsfernen Familien hoch. Eine ausschließliche Fokussierung hierauf blende jedoch aus, dass das Leistungsspektrum innerhalb der Gruppe der Jungen sehr breit sei: Sowohl unter den schlechtesten als auch unter den besten Schülern eines Jahrgangs fänden sich überdurchschnittlich viele Jungen. Erfolgreiche Jungenpolitik müsse daher potential- und lösungsorientiert sein.

Kindertageseinrichtungen und Schulen komme als Bildungs- und Erziehungseinrichtungen eine besondere Aufgabe zu. Hier könnten Jungen von der Anwesenheit männliche Pädagogen profitieren. Entsprechend müssten diese Tätigkeitsfelder für junge Männer weiter erschlossen werden. Junge Männer erhielten dadurch auch zusätzliche berufliche Perspektiven.

Auch in der Schule müsse den besonderen Bedürfnissen von Jungen Rechnung getragen werden. Gleiches gelte für die Kinder- und Jugendarbeit, die Jugendsozialarbeit und die Migrationsarbeit. Zusätzlich bedürfe es in Gesellschaft und

Wirtschaft einer Anerkennung und Wertschätzung neuer männlicher Lebensentwürfe, die sich jenseits traditioneller Vorstellungen und stereotyper Erwartungen bewegten.

Der Antrag enthält sodann zu diesen Bereichen einen Katalog mit 19 Forderungen, die die Bundesregierung im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel umsetzen solle. Sie betreffen u. a. die Erweiterung des Berufswahlspektrums von Jungen und Männern, insbesondere mit Blick auf erzieherische und pflegerische Berufe, medienpädagogische Maßnahmen, Arbeitszeitmodelle und so genannte Sabbaticals, ehe- und lebenspartnerorientierte Maßnahmen im Rahmen des Aktionsprogramms „Perspektive Wiedereinstieg“, die Förderung von Väterprojekten und des fachlichen Diskurses zu jungenspezifischen Themen, die Vergabe von Studien sowie ein Einwirken auf die Länder mit Blick auf männer- und jungenpolitische Komponenten deren Bildungs-, Sozial- und Migrationspolitik. Der Antrag fordert auch eine Prüfung des § 16 des Bundesgleichstellungsgesetzes, um die Funktion einer Gleichstellungsbeauftragten ggf. auch für Männer zu öffnen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss**, der **Rechtsausschuss**, der **Haushaltsausschuss**, der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**, der **Ausschuss für Arbeit und Soziales**, der **Ausschuss für Gesundheit** und der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** haben jeweils in ihren Sitzungen am 21. September 2011 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

1. Abstimmungsergebnis

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags.

2. Inhalt der Ausschussberatungen

Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat die Vorlage in seiner 47. Sitzung am 21. September 2011 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, eine moderne Gleichstellungspolitik müsse beide Geschlechter im Blick haben, dabei allerdings deren jeweils unterschiedliche Förderbedarfe berücksichtigen. Es habe sich gezeigt, dass die Jungen in bestimmten Bereichen Defizite hätten. Gegenüber der Kinderkommission habe Professor Dr. Thomas Rauschenbach das Problem mit dem Bemerken auf den Punkt gebracht, bis zum 10. Lebensjahr wüchsen die Kinder in den Schulen und

Betreuungseinrichtungen in einer männerfreien Zone auf. Es müsse deshalb überlegt werden, wie dies geändert werden könne. Dieser Zielsetzung des vorliegenden Antrags liege auch die Erkenntnis zugrunde, dass sich das Bild von Jungen und Männern und in der Gesellschaft geändert habe. Der Antrag weise auch auf das Beispiel Norwegens hin, wo es gelungen sei, mehr Männer als Erzieher in Kindertagesstätten zu gewinnen. Ebenso fordere der Antrag eine Studie zu den Auswirkungen männlicher pädagogischer Fachkräfte in Bildungs- und Erziehungseinrichtungen auf die Entwicklungs- und Bildungsmöglichkeiten von Kindern. Demgegenüber sei es allerdings nicht die Intention des Antrags, die Jungenförderung zu Lasten der Förderung von Mädchen und Frauen zu betreiben. Es gehe vielmehr darum, beiden Geschlechtern Chancen zu geben und sie entsprechend ihrer jeweils spezifischen Bedürfnisse zu fördern.

Der **Fraktion der SPD** hob ebenfalls hervor, Gleichstellungspolitik müsse immer beide Geschlechter im Auge haben. Es dürfe tatsächlich nicht sein, dass sich die Kinder im Betreuungs- und Schulbereich bis zum 10. Lebensjahr in einer männerfreien Zone bewegten. Zu kritisieren sei jedoch, dass der vorliegende Antrag Jungen zu Bildungsverlusten abstempele. Tatsächlich bestünden in einigen Bereichen Probleme bei der Schulreife, beim Erreichen des Klassenziels und auch im Hinblick auf Schulabbrüche. Die Studie des Deutschen Jugendinstituts, „Schlaue Mädchen – dumme Jungen?“ belege jedoch, dass von entscheidender Bedeutung nicht das Geschlecht der Kinder sei, sondern deren soziale Herkunft und das Bestehen bzw. Nichtbestehen eines Migrationshintergrundes. Die Studie empfehle sehr eindeutig ein längeres gemeinsames Lernen, Ganztagschulen und frühe Förderung. Dies seien die Schlüssel zur Behebung von Bildungsbenachteiligung; sie würden aber von der Bundesregierung nicht ausreichend angegangen. So stocke beispielsweise der Ausbau der Kindertagesbetreuung für die unter Dreijährigen und die Erfüllung des entsprechenden Rechtsanspruchs ab dem Jahr 2013 erscheine ungewiss. Die Bundesregierung weigere sich jedoch, einen neuen Krippengipfel einzuberufen. Stattdessen werde weiterhin an dem Konzept eines Betreuungsgeldes festgehalten. Dieses müsse jedoch aufgegeben und die dafür vorgesehenen Mittel in die Infrastruktur investiert werden. Ebenso würden die Haushaltsmittel im Kinder- und Jugendplan gerade im Bereich der Förderung der beruflichen und sozialen Integration von Kindern und Jugendlichen gekürzt. Es sei nicht ausreichend, wenn der vorliegende Antrag – insofern zutreffend – auf die Notwendigkeit hinweise, mehr Männer als Erzieher zu gewinnen und Männer in ihrer Väterrolle zu stärken. Der Beruf der Erzieherinnen und Erzieher müsse vielmehr auch tatsächlich aufgewertet werden. Zum Beispiel Norwegens sei ebenfalls darauf hinzuweisen, dass dieser Beruf dort in der Gesellschaft eine andere Wertigkeit besitze und insbesondere besser bezahlt werde. Wichtig wäre außerdem eine Stärkung der Partnermonate beim Elterngeld; dieses Projekt habe die christlich-liberale Regierung inzwischen jedoch offenbar gänzlich eingestellt.

Die **Fraktion der FDP** betonte, diese Koalition sei die erste, die einen Antrag mit einem spezifischen Blick auf Jungen eingebracht habe. Der Antrag wolle allerdings nicht die Mädchenförderung an den Rand drängen, sondern lediglich den Blickwinkel auch auf Jungen erweitern. Die Koalitionsfraktionen bezeichneten Jungen sicherlich auch nicht als Bil-

dungsverlierer; es sei jedoch eine Tatsache, dass sie häufiger als Mädchen eine Klasse wiederholen müssten oder die Schule abbrächen. Auch sei die Arbeitslosigkeit bei männlichen Jugendlichen höher als bei weiblichen. Im Übrigen weise der Antrag explizit darauf hin, dass das Risiko eines ungünstigen Bildungsverlaufs bei Jungen mit Migrationshintergrund und aus bildungsfernen Familien besonders hoch zu sein scheine. Es gelte also, die spezifischen Probleme von Jungen und Männern bei der Bildung, der Berufswahl und der Weiterbildung ins Auge zu fassen. Sicherlich sei der Bund auch nicht für alle Bereiche zuständig, in denen Handlungsbedarf bestehe. Es sei jedoch wichtig, diesen Handlungsbedarf zunächst aufzuzeigen.

Die Vertreterin der FDP wies in diesem Zusammenhang auf das Modellprojekt „MEHR Männer in Kitas“ hin, mit dem zumindest ein Träger pro Bundesland für diesen Ansatz gewonnen werden solle. Die Zahl männlicher Erzieher sei allerdings auch im Vergleich der Bundesländer untereinander sehr unterschiedlich. Zu Recht habe der Vertreter der SPD darauf hingewiesen, dass der Beruf der Erzieherinnen und Erzieher insgesamt zu wenig Wertschätzung erfahre. Deshalb müsse es ein mittelfristiges Ziel sein, in der Bildung gerade den frühen Bereich stärker in den Fokus zu nehmen. Jeder Euro, der in die frühe Förderung investiert werde, zahle sich später tausendfach aus. Kinder brauchten in den pädagogischen Bereichen weibliche und männliche Bezugspersonen, und auch die Differenzen bei der Lesekompetenz und in anderen Bildungsbereichen müssten angegangen werden. Insgesamt sei es wichtig, überkommene Rollenmodelle zu überwinden und hierzu trage der vorliegende Antrag bei, auch wenn er sicherlich noch nicht alle Probleme lösen könne.

Die **Fraktion DIE LINKE** erklärte, generell befürworte auch ihre Fraktion eine Jungen- und Männerpolitik und der vorliegende Antrag enthalte hierzu auch einige gute Ansätze. In einigen Punkten sei allerdings eine etwas andere Perspektive erforderlich. Aus Sicht der Linken müsste zunächst sichergestellt werden, dass die Jungenpolitik die sehr wichtige Mädchenpolitik tatsächlich ergänze. Diese Intention werde zwar im Feststellungsteil des Antrags erwähnt, im Forderungsteil jedoch nicht mit konkreten Maßnahmen hinterlegt. Außerdem müsste in der Tat bei den Sorgenkindern in der Bildung ein besonderes Augenmerk auf die Herkunft dieser Kinder gelegt werden. Dies sei zwar in Nummer 19 des Forderungskatalogs angesprochen, dort sei jedoch nur die Rede davon, „gegebenenfalls nachzujustieren“. Dies sei nicht ausreichend. Weiterhin teile die Fraktion DIE LINKE die Sorge, dass infolge einer Verlagerung von Haushaltsmitteln die Mädchenpolitik unter der Jungenpolitik leiden werde. Dies dürfe jedoch auf keinen Fall geschehen. Darüber hinaus müssten Jungen und Männern Geschlechterdemokratie, Gleichbehandlung und die Vielfalt der Lebensweisen erklärt und vermittelt werden, was in dem vorliegenden Antrag ebenfalls keine Erwähnung finde. Soweit der Antrag positive Vorbilder für Jungen und junge Männer in den Erziehungs- und Bildungsberufen fordere, bleibe schließlich unklar, ob damit auch männliche Vorbilder im traditionellen Sinn gemeint seien. Die Vertreterin der Fraktion DIE LINKE wies abschließend auf die bevorstehende Plenardebatte zum Fachkräfteprogramm im Bildungs- und Erziehungsbereich hin. Hier werde sich zeigen, ob die Koalition es mit der Aufwertung der Erziehungsberufe tatsächlich ernst meine.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** begrüßte es, dass der vorliegende Antrag die Genderperspektive in den Vordergrund stelle. Es sei in der Tat ein wichtiges Anliegen, einseitige männliche Rollenzuschreibungen zu überwinden, wie es der Antrag fordere. Allerdings müssten auch einseitige weibliche Rollenzuschreibungen überwunden werden. Das Geschlecht werde eben nicht nur biologisch festgelegt, sondern sei auch ein soziales Konstrukt. Es sei deshalb zu begrüßen, wenn die Koalitionsfraktionen mit ihrem Antrag auch deutlich machen wollten, dass das Machogehabe vieler Männer ein Problem sei und den Jungen auf diese Weise problematische Vorbilder vermittelt würden.

Dennoch habe der vorliegende Antrag auch gravierende Defizite. Insbesondere dränge sich der Eindruck auf, dass die Jungen- und Männerpolitik gegen die Mädchen- und Frauenpolitik ausgespielt werden solle. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, der Feminismus sei passé; ein solcher Eindruck werde jedoch auch durch die obskuren Äußerungen der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Dr. Kristina Schröder zum Feminismus begünstigt. Die Benachteiligung von Frauen sei nach wie vor ein zentrales gesellschaftliches Problem.

Richtig sei allerdings der Ansatz, auch Probleme im Jungen- und Männerbereich ernst zu nehmen und adäquat zu bearbeiten. Dies leiste der vorliegende Antrag jedoch nicht immer. Er gehe zwar auf Arbeitszeitmodelle ein und fordere auch für Männer eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zentrale Aufgaben wie der Ausbau von Ganztagschulen und der ganztägigen Kinderbetreuung würden jedoch nicht erwähnt. Ebenso unbefriedigend sei es, zwar eine Aufwertung des Berufs der Erzieherinnen und Erzieher zu fordern, die schlechte Bezahlung in diesem Bereich und die teilweise auch unzureichende Ausbildung jedoch nicht zu erwähnen. Erkenntnisse der Erziehungswissenschaft betonten die entscheidende Bedeutung von früher Förderung. Also müssten auch die Vergütung und andere Bedingungen in diesem Bereich verbessert werden. Dies gelte im Übrigen nicht nur für die männlichen, sondern auch für die weiblichen Erziehungskräfte. Insgesamt unterstütze die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Anliegen, eine Männer und Jungenpolitik zu etablieren. Der vorliegende Antrag habe jedoch noch sehr viele Schwächen.

Berlin, den 22. September 2011

Michaela Noll
Berichterstatlerin

Stefan Schwartz
Berichterstatter

Miriam Groß
Berichterstatlerin

Yvonne Ploetz
Berichterstatlerin

Till Seiler
Berichterstatter

